

Angela Merkel: "Fragile Wirtschaftslage" – und fragile Wirtschaftskennntnisse

Von Friederike Spiecker | 09.09.2013

Das [Interview](#), das Bundeskanzlerin Angela Merkel dem Deutschlandfunk und dem Fernsehsender Phoenix am 13. August gegeben hat, ist in mancher Hinsicht aufschlussreich. So erfährt der aufmerksame Zuhörer, was die Regierungschefin über die aktuelle Wirtschaftslage jenseits von Wahlkampfreden tatsächlich denkt. Während es auf der [Web-Seite der Bundesregierung](#) optimistisch heißt, "Der Monatsbericht August des Bundesfinanzministeriums unterstreicht, dass sich die konjunkturelle Belebung der deutschen Wirtschaft auch im 2. Halbjahr 2013 fortsetzen wird", antwortet die Bundeskanzlerin, gefragt nach Unterschieden zwischen den Wahlprogrammen der Parteien: "Ich sage z.B., im Augenblick wären Steuererhöhungen jeglicher Art Gift, ... weil wir damit die sehr fragile Wirtschaftslage gefährden." Es ist gut, dass der Regierungschefin offenbar sehr wohl bewusst ist, wie sehr sich die deutsche Konjunktur auf des Messers Schneide bewegt, auch wenn sie das wohl eher unbeabsichtigt preisgegeben hat und die regierungsamtliche Rhetorik einen anderen Eindruck zu erwecken versucht.

Weniger erfreulich ist, was die Bundeskanzlerin zur Europapolitik sagt: "Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa im Augenblick. ... Ich kann nur sagen, dass ich sehr davon überzeugt bin, dass der Weg bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise richtig war, auf der einen Seite Solidarität zu zeigen, aber auf der anderen Seite auch darauf zu bestehen, dass alle Mitgliedsstaaten auch die notwendigen Reformen machen. ... Es ist dringend Eile geboten, dass Europa an seiner verbesserten Wettbewerbsfähigkeit arbeitet." Von einer Veränderung des Grundmusters deutscher Wirtschaftspolitik in Hinblick auf die Eurokrise kann also nicht die Rede sein. Zwar scheint Angela Merkel den ersten Schritt zum Verständnis der Krise in Europa geschafft zu haben, wenn sie formuliert: "Wenn sie wettbewerbsfähig sein wollen, dann müssen die Lohnstückkosten in Europa vergleichbar sein. Wenn sie in einem Land viel höher sind, hat das zur Folge, dass das Land seine Produkte nicht mehr verkaufen kann und damit die Arbeitslosigkeit steigt." Hut ab, das gehörte vor einem Jahr noch nicht so klar in den Instrumentenkasten der Rednerin. Nur was daraus folgt, das versteht die Bundeskanzlerin immer noch nicht, oder sie will es zumindest nicht öffentlich sagen. Sie schlussfolgert nämlich: "Die Reformen, die wir jetzt [in Europa; Anm.d.Verf.] verabredet haben, ... sind Reformen, die die Lohnstückkosten senken und damit die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen."

Dass eine Angleichung der Lohnstückkosten zwischen den EWU-Ländern auch möglich wäre, wenn

sie weder insgesamt absolut fallen noch in einzelnen Ländern, ist der Bundeskanzlerin entweder nicht klar oder sie lehnt diesen Weg ab. Auf jeden Fall ist ihr offenbar nicht bewusst, welche Deflationsgefahr mit einer Abnahme der Lohnstückkosten verbunden ist und damit welche Zementierung der europäischen Rezession. Und sie versteht obendrein den Unterschied nicht, der zwischen den Außenwirtschaftsbeziehungen von Ländern innerhalb einer Währungsunion und denjenigen zwischen Regionen mit unterschiedlichen Währungen besteht. Denn sonst wüsste sie, dass sich Europa nicht auf Kosten des Rests der Welt aus der Rezession befreien kann, wie das Deutschland auf Kosten seiner Währungspartner getan hat. Sinken die Lohnstückkosten in Europa insgesamt, erhöht das zwar zunächst die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber dem Rest der Welt. Darauf werden jedoch die Wechselkurse reagieren, genauer gesagt: der Euro aufwerten, bevor es zu anhaltenden Außenhandelsüberschüssen mit dem Rest der Welt kommt. Eine Verbesserung der europäischen Arbeitsmarktsituation durch positive Leistungsbilanzsalden kommt dann nicht zustande, stattdessen bleibt Europa auf der deflationsbedingten Zunahme der Arbeitslosigkeit sitzen. Angela Merkel weiß wohl selbst nicht, was in ihrem Satz "Wir [gemeint ist Europa; Anm.d.Verf.] müssen unsere Kraft darauf einsetzen, mit anderen in einen fairen Wettbewerb zu treten." das Wort "fair" bedeutet.

Gefragt nach dem Bedeutungsverlust Europas in der Welt erklärt die Bundeskanzlerin folgendes: "Wir [gemeint ist wiederum Europa; Anm.d.Verf.] sind heute noch gut sieben Prozent der Weltbevölkerung, wir haben 25 Prozent der Wirtschaftsleistung der Welt und wir haben ungefähr die Hälfte der Sozialausgaben der Welt. Und wenn wir das weiter so halten wollen, dann müssen wir ziemlich innovativ sein und kreativ. ... Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung sinkt. Und wenn wir weiter 25 Prozent der Wirtschaftskraft der Welt haben wollen, müssen wir uns eben anstrengen. Und das wird auch sehr schwierig sein." Angela Merkel will also die Ungleichverteilung in dieser Welt beibehalten, ja sogar steigern. Warum sie das will und wie das zu rechtfertigen wäre, erklärt sie weder, noch wird sie das von den Journalisten gefragt.

Das Ende des Interviews entzieht sich, wie regelmäßige Leser von flassbeck-economics ohne Mühe verstehen werden, einer rationalen Analyse, weil es an Konfusion hinsichtlich des Themas Schulden kaum zu überbieten ist. Hier ein Ausschnitt: "Wir können ... ja nur das ausgeben – das haben wir ja jetzt bitter erfahren in der Eurokrise –, ... was wir ... verdienen. Denn sonst steigt die Verschuldung. Und dann gibt es plötzlich keine Investoren mehr, die Interesse daran haben, Staatsanleihen bestimmter Länder zu kaufen. ... Und deshalb ist auch das, was jetzt immer mit Austerität bezeichnet wurde ..., [das] geht nicht darum, dass man in einer Weise spart, die nicht angenehm ist. Sondern es geht darum, dass wir lernen müssen, auch in Deutschland, dass wir mit dem, was wir verdienen und einnehmen, auch auskommen müssen." Wer immer noch nicht verstanden hat, dass es keine Schulden ohne Ersparnisse in gleicher Höhe gibt und dass die deutschen Ersparnisse das Gegenstück zu den Schulden anderer Länder sind, kann zur Lösung der Krise nichts Substantielles beitragen.

Zugegeben, in Wahlkampfzeiten eignen sich trockene Themen wie Buchhaltungslogik nicht für Interviews. Aber es wäre klüger, sie dann ganz zu meiden, als die eigene Verwirrung und die daraus folgende Hilflosigkeit auch noch offen zur Schau zu stellen. Allerdings teilt Angela Merkel dieses Defizit an wirtschaftspolitischen Grundkenntnissen mit den meisten Politikern, sodass sie sich nicht wesentlich selbst geschadet haben dürfte mit dieser Interviewpassage.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 09.09.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/09/angela-merkel-fragile-wirtschaftslage-und-fragile-wirtschaftskenntnisse/>